

Interview mit Mohamed Nasheed

Parlamentspräsident der Malediven

Peter Lanzet

Theodor Rathgeber

Mohamed Nasheed war Staatspräsident (2008-2012) und ist aktuell der Sprecher (eine Art Präsident) des Parlaments der Malediven. Er verkörpert wie kaum eine andere Persönlichkeit der Malediven die politischen Entwicklungen des Inselstaats der vergangenen 20 Jahre. Anlässlich eines erzwungenen Aufenthaltes in Berlin ergab sich durch die Vermittlung von Peter Lanzet die Möglichkeit eines Interviews, das Theodor Rathgeber am 26. Juni online führte. Peter Lanzet hat an der Vorbereitung auch des Interviews maßgeblich mitgearbeitet, weshalb er Co-Autor dieses Beitrags ist.

Mohamed Nasheed löste 2008 als Präsident den bis dato 30 Jahre lang herrschenden Präsidenten Maumoon Gayoom ab und leitete eine Demokratisierung des Landes ein. Unvergessen bleibt sein Engagement gegen die globale Erwärmung vor und während der Kopenhagener Klimakonferenz 2009 sowie die internationale Aufmerksamkeit, die zuvor die Unterwasser-Konferenz seines Kabinetts auf sich gezogen hatte. Die „Vereinigung der Kleinen Inselstaaten“ konnte durch diesen Mediencoup einen wesentlich größeren Einfluss auf die Ergebnisse der Konferenz ausüben, als aufgrund ihres politischen Gewichts in der Welt zu erwarten gewesen wäre. 2012 wurde Mohamed Nasheed durch einen Polizeiputsch aus dem Präsidentenamt gedrängt, 2013 aufgrund falscher Vorwürfe von seinem Nachfolger, Präsident Abdulla Yameen, ins Gefängnis geworfen. Das Gefängnis kannte er schon aus der Zeit vor 2008, als man ihn gefoltert hatte. Der internationale Druck erlaubte ihm, 2015 nach Großbritannien auszureisen, um seinen Rücken behandeln zu lassen. Dort erhielt er auch politisches Asyl.

Ab 2017 begleitete er die politischen Entwicklungen seines Landes von Sri Lanka aus. Er wandte sich insbesondere gegen die zunehmende Korruption und die regelwidrige Verpachtung von Inseln an Tourismusinvestoren, die rapide Entdemokratisierung und Hinwendung zu einem extremen Islamverständnis sowie die Anbiederung an China wegen gigantischer Kredite für Infrastrukturmaßnahmen. Auf einer Welle der Sympathie für Nasheed siegte bei der Präsidentschaftswahl im September 2018 Ibrahim Solih, sein Freund, Verwandter und Parteigenosse der Maledivischen Demokratischen Partei (MDP). Solih wurde Präsident. Nasheed selbst durfte nicht kandidieren, weil er rechtsgültig verurteilt war. Im April 2019 fanden Parlamentswahlen statt, die der MDP – Nasheed ist ihr Vorsitzender bis heute – eine Mehrheit mit mehr als zwei Drittel aller Sitze im *Majlis*, dem Parlament, sicherten. Auf dieser Basis wurde Mohamed Nasheed Parlamentspräsident. Viele Gesetze zur Demokratisierung, Dezentralisierung, Frauenpolitik, Justizreform, Korruptionsbekämpfung und andere folgten. Am 6. Mai 2021 wurde in der Hauptstadt Male ein Bombenattentat auf ihn verübt, das er nur knapp überlebte. Nach ersten lebenser-

haltenden Operationen in Male wurde er auf Betreiben des deutschen Honorkonsuls der Malediven und Mitglied des Bundestags, Christian von Stetten (CDU), nach Berlin ausgeflogen. Er wurde im Militärkrankenhaus in Moabit behandelt. Dort ist man auf Schrapnellverletzungen spezialisiert. Nach seiner Genesung im August reiste Nasheed nach Großbritannien. Er will erst wieder in die Malediven reisen, wenn die Hintermänner des Komplotts gegen ihn verhaftet sind.

Theodor Rathgeber / SÜDASIEN: Wir würden gerne Ihre Ansichten zu vier Themenbereichen kennenlernen: Zur gegenwärtigen politischen Situation in den Malediven, zur Klima- und Umweltpolitik, zur Wirtschaft und den Finanzen und zu den auswärtigen Beziehungen. Schließlich wollen wir gerne von Ihnen wissen, ob Sie bestimmte Erwartungen an die EU und besonders an Deutschland haben. Wir waren schockiert über den Anschlag auf Ihr Leben und sind froh, dass Sie sich auf dem Weg zur vollständigen Genesung befinden. Wenn Sie auf den Anschlag zurückblicken, was ist Ihre politische Ansicht dazu?

Mohamed Nasheed: Ich denke, er wurde von islamischen Extremisten verübt. Die vier jungen Männer, die



Mohamed Nasheed

Bild: wikimedia, The President's Office of the Republic of Maldives (CC BY 4.0)

die Bombe legten, befinden sich im Gefängnis. Aber ich fürchte, wir waren nicht in der Lage, diejenigen festzunehmen, die den Anschlag ausgeheckt, geplant und finanziert haben. Auch das dahinterstehende Netzwerk haben wir nicht aufdecken können. Pro Kopf der Bevölkerung hatten die Malediven die höchste Beteiligung am Krieg des Islamischen Staats in Syrien. Ich habe immer befürchtet, diese Islamisten werden zurückkommen, wenn sie aus dem Mittleren Osten vertrieben werden.

Man kann nicht 300 Menschen aus einem kleinen Land wie den Malediven rekrutieren ohne ein Netzwerk, und dieses Netzwerk müssen wir finden. Solange wir das nicht erreicht haben, bedeutet die Festnahme dieser vier jungen Männer wenig. Male ist die Hauptstadt der Malediven, ein sehr dicht besiedelter Ort. Sie hatten die Möglichkeit, diese Bombe in der Hauptstadt zur Explosion zu bringen.

Ich fürchte wir haben längst nicht genug getan, dieses Netzwerk zu identifizieren, die Verantwortlichen einzusperren und Herr der Lage zu werden. Wir beherrschen die Situation überhaupt nicht.

Auch in Deutschland fürchtet man die Rückkehr dieser Extremisten.

Deutschland, die EU, die US-Amerikaner, sie alle müssen nun sehr systematisch vorgehen. Sie sollten uns helfen, die Extremisten unterzubringen, bis sie sich rehabilitiert haben und zurück in die normale Gesellschaft entlassen werden können. Aus Deutschland, mit seiner 80 Millionen Bevölkerung, kamen keine 300 Extremisten nach Syrien, aus den Malediven schon. Leider haben die Malediven nur sehr bescheidene finanzielle Möglichkeiten. Wir haben einfach nicht die Finanzmittel, solche Unterbringungsmöglichkeiten einzurichten. Die Regierung würde das gerne tun, auch unsere Polizei sieht die Notwendigkeit, aber uns fehlen die Mittel. Unglücklicherweise haben die Extremisten in den Malediven strategische Positionen in unserem

Staat besetzt, in der Polizei, im Militär, bei den Einwanderungsbehörden, im Bildungsbereich. Sie wollen den Staat von innen aushöhlen und viele glauben, es wird ihnen leichtfallen, das auch zu tun.

Wünschen Sie sich mehr Kooperationsangebote für ein solches Rehabilitationsprogramm?

Wo immer möglich, weise ich auf unseren Bedarf nach einem solchen Rehabilitationszentrum hin. Als ostafrikanische, somalische Piraten in den Indischen Ozean vordrangen, saßen über 60 von ihnen in unseren Gefängnissen ein. Wir konnten sie weder rehabilitieren noch nach Hause schicken, weil sie keine Ausweispapiere hatten, und es gab ja nirgendwo eine somalische Botschaft. Zu dieser Zeit begannen wir Gespräche mit den Vereinten Nationen und einigen Ländern mit dem Vorschlag, ein solches Zentrum einzurichten, weil zum Beispiel die Seychellen, Mauritius und Sri Lanka das gleiche Problem hatten. Ganz ähnlich müssen wir uns auch heute zusammmentun und so schnell wie mög-

lich so ein Zentrum aufbauen – eigentlich ist es bereits zu spät. Und sobald die USA sich aus Afghanistan zurückziehen, werden die Malediven eine noch stärkere Verbindung zu einem Taliban-Staat haben. Leider gibt es keine internationale Polizei im Indischen Ozean. Wenn es eine gäbe, hätten sie mich angerufen und mir gesagt: „Bleiben Sie bitte heute Nacht zu Hause, sonst werden Sie in die Luft gejagt.“

Erwarten Sie maledivische Extremisten auch aus Afghanistan zurück?

Ja, das nehme ich an. Sie sind alle miteinander verbunden und haben die gleiche Ideologie und die gleichen Perspektiven. Sie sind ziemlich international organisiert und haben eine eigene Befreiungsidee. Die kann überall aktiviert werden wie eben die Befreiungsideen aller Ideologien. Als Religion setzt sich der Islam sehr stark für die Freiheit ein und ist daher auch so attraktiv für eine Menge junger Leute.

Wir freuen uns über den Demokratisierungsprozess in Ihrem Land, besonders nach den Wahlen 2018. Sie waren sicherlich einer der wichtigsten Protagonisten dieses Prozesses. An welchem Punkt sehen Sie diesen Demokratisierungsprozess in den Malediven im Augenblick?

Glücklicherweise konnten wir die Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft schaffen: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, ein Mehrparteiensystem, freie Wahlen, ein meinungsstarkes Parlament, eine freie Presse und Zivilgesellschaft. Daher denke ich, jetzt sollten wir in der Lage sein, politische Meinungsunterschiede mit friedlichen Mitteln auszutragen und etwa einen Regierungswechsel friedlich an der Wahlurne herbeizuführen. Das ist sehr wichtig, denn vor 2008 haben wir es selten geschafft, eine Regierung mit friedlichen Mitteln zu wechseln. 1977 gelangte Präsident Gayoom an die Macht und ließ sich von dort 30 Jahre lang nicht vertreiben. Der Präsident vor Gayoom war 28 Jahre lang im Amt. Sie waren autokratische Herrscher und Diktatoren. Wir haben jetzt einen politischen Plu-

ralismus erreicht und die meisten Menschen glauben daran, dass man sich friedlich politisch auseinandersetzen kann. Um an die Regierung zu gelangen, braucht man ein politisches Manifest und die Unterstützung der Menschen bei den Wahlen. Will man an der Macht bleiben, muss man die Versprechungen, die zum Gewinn der Wahlen geführt haben, auch erfüllen.

Konnten die Wünsche und Hoffnungen der Opfer der früheren Regierung berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Rehabilitationsleistungen an die Opfer oder im Rahmen von Justizprozessen? Konnte die neue Regierung diese Erwartungen erfüllen?

Als wir 2018 an die Macht kamen, hatten wir keine parlamentarische Mehrheit. Daher gelang es uns nicht, die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für eine Übergangsjustiz parlamentarisch durchzusetzen. Glücklicherweise gewannen wir dann 2019 eine enorme parlamentarische Mehrheit und waren daher in der Lage, Gesetze für eine Übergangsjustiz im Parlament anzunehmen, einen Handlungsplan aufzustellen und ein Büro einzurichten. Dieses Büro funktioniert jetzt. Betroffene können ihre Beschwerden einreichen und sie werden bearbeitet.

Die frühere reformorientierte Regierung Sri Lankas hatte Expert(inn)en der Vereinten Nationen eingeladen, sogenannte Sonderberichterstatter/-innen, um Teile der Regierungsführung und des Justizsystems wiederherzustellen und etwa Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka aufzuarbeiten. Sehen Sie eine ähnliche Notwendigkeit in den Malediven oder haben die Malediven ihre eigenen Möglichkeiten?

Es ist immer hilfreich, wenn wir internationale Unterstützung erhalten. Unsere Mittel sind sehr bescheiden und unsere Fähigkeiten, unsere Kenntnisse sind eingeschränkt. Das Büro der Übergangsjustiz sieht internationale Beteiligungen vor, man wird dort um internationale Unterstützung nachsuchen. Die Max-Planck-Gesellschaft aus Deutschland hat uns im Parlament

sehr geholfen, das Entwurfsverfahren für Gesetze sowie parlamentarische Prozesse und Verfahren zu verbessern. Fragen Sie irgendeinen Mitarbeiter im Parlament und sie werden Ihnen bestätigen, dass die Berichterstattung jetzt wesentlich verbessert ist und der Prozess der Formulierung von Gesetzen gut funktioniert. Abgeordnete können keine Gesetze entwerfen und verharren oft beim bloßen Reden.

Vor kurzem haben Sie sich für einen Wandel des demokratischen Präsidialsystems zu einem parlamentarischen demokratischen System eingesetzt. Warum glauben Sie, ein parlamentarisches System würde die Politik in den Malediven verbessern?

Als politische Partei (Maledivische Demokratische Partei) haben wir uns immer für ein parlamentarisches System eingesetzt. Da gibt es einfach mehr Beratung vor der Entscheidungsfindung. Das Kabinett sitzt im Parlament und wird in die Debatte einbezogen, der Premierminister wird jede Woche befragt, es gibt eine größere Offenheit und Direktheit im parlamentarischen System. Ein Präsidialsystem ist oft auf die Einzigartigkeit und die Macht des Präsidenten ausgerichtet. Aber tue ich das, weil ich gerne Premierminister werden möchte? Ich wäre gerne Premierminister, daran gibt es keinen Zweifel. Aber das treibt mich in dieser Frage nicht um. Ich glaube einfach, es ist wichtig, dass wir zu einem parlamentarischen System übergehen. Auch glaube ich, dass wir die Unterstützung aller Parteien für solch einen Übergang erhalten werden und dass es dann wesentlich demokratischer zugehen wird als jetzt, mit unserem präsidentiellen System.

Würde das auch mehr Entscheidungsgewalt auf der lokalen Ebene bedeuten? Würde die Dezentralisierung dann ein Teil dieses Wandels vom präsidentiellen hin zu einem parlamentarischen System werden?

Genau. Wir veränderten das Dezentralisierungsgesetz bereits. Macht wurde auf die unteren Ebenen übertragen, viel

mehr als je zuvor. Die kürzlich abgehaltenen Gemeinderatswahlen basierten bereits auf diesem neuen Gesetz. Ein parlamentarisches System würde noch zusätzlich diesen Prozess der Übertragung von Macht auf die unteren Ebenen unterstützen. Die Atolle der Malediven, obwohl sehr klein, waren historisch gesehen weitgehend unabhängig. Sie hatten eine eigene Flagge, einen Feudalherren und sie machten alles selbst. Die damaligen 13 Atolle, heute sind es 21, waren unabhängig und der König in Male regierte die Feudalherren. Die Menschen werden daher ein dezentralisiertes parlamentarisches System nicht als etwas Fremdes empfinden, sondern eher an der Tradition orientiert und einfacher.

Von außen betrachtet und in Bezug auf seine internationalen Beziehungen sehen wir zwei Hauptbedrohungen für die Malediven: Das eine ist der Klimawandel; die globale Erwärmung gefährdet die Atolle der Malediven. Das andere sind die Finanzen, gefährdet durch die chinesische Schuldenfalle.

Zurzeit arbeite ich für die Premierministerin von Bangladesch Hasina als ihr Botschafter für ambitionierte Klimaziele. Sheik Hasina sitzt dem *Climate Vulnerable Forum* (CVF) vor. Das CVF hat einen Wohlstandsplan verfasst, einen Wirtschaftsplan. Er geht davon aus, dass man sehr wohl das Wirtschaftswachstum mit der Rettung des Planeten verbinden kann. Man kann ein gutes Leben führen, ohne den Planeten zu zerstören. Der Plan sagt: „You can have your cake and eat it too“, das heißt: Du kannst dir sehr wohl den Pelz waschen, ohne nass zu werden. Es handelt sich dabei um eine Entwicklungsstrategie, die mit wenig Kohlendioxid (CO₂) auskommt, wenig Ressourcenausbeutung und dafür mehr Recycling vorsieht. Erneuerbare Energien sind heutzutage sowohl wirtschaftlich als auch finanzierbar. Die Wirtschaftsnationen der Welt bewegen sich jetzt in Richtung CO₂-Neutralität. Kalifornien ist die fünftgrößte Wirtschaft der Welt und ist bereits CO₂-neutral. Die indischen Ziele für

Klima und erneuerbare Energien sind die höchsten auf der Welt. Und wie Sie wissen, das sind mehr als eine Milliarde Menschen, die wohlhabend werden wollen und das CO₂-neutral. Ich glaube, die Malediven und die kleinen Inselstaaten müssen sich für eine solche Welt einsetzen. Um diese zu verwirklichen, müssen wir alle Länder von einer Entwicklungsstrategie mit wenig CO₂ überzeugen. Ich bin hochofret, dass zum Beispiel Bangladesch mit über 250 Millionen Menschen einen Plan für nachhaltigen Wohlstand in Anlehnung an das CVF erarbeitet hat. Sie wollen ihn am 8. Juli in London der Öffentlichkeit vorstellen, in Anwesenheit aller Finanzminister der CVF-Länder. Entsprechend wird Bangladesch umschalten von Kohle und Diesel auf erneuerbare Energien. Bangladesch wird für mehr Investitionen aus aller Welt attraktiv werden, etwa in den Bereichen Bewässerung, Landwirtschaft, Hausbau, Wasser und Abwassersysteme und vielen anderen Formen der Klimaadaptation.

Anpassung an den Klimawandel bedeutet in Bangladesch die Nutzung von Dämmen und Wellenbrechern, um unsere Küstenlinien zu schützen. Dies verursacht enorme Kosten. Wir haben über 1000 Inseln. Wenn man insgesamt die bedrohten Küstenbereiche der Welt misst, wird deutlich, dass niemand dafür genug Geld hat. Aber man kann Riffe wachsen lassen, man kann Mangrovenwälder pflanzen, man kann biologische Anpassungen vornehmen zum Beispiel durch sogenanntes *Soft Engineering* im Gegensatz zu Stahl und Beton. Dafür braucht man natürlich die Technologie, aber vieles davon gibt es ja bereits. Ich setze mich auch für die genetische Veränderung der Korallen ein, sodass sie schneller wachsen. Viele werden das wohl nicht mögen, weil das genetische Eingriffe in die Biodiversität mit sich bringt. Aber ich fürchte, selbst wenn wir arbeiten bis zum Umfallen, werden wir den Planeten nicht retten. Wir brauchen Ideen zur Anpassung an den Klimawandel. Die *Dutch Docklands*

haben zusammen mit der Universität von Kopenhagen 2010 begonnen, die erste schwimmende Stadt auf den Malediven zu bauen. Ich hoffe, solche Ideen und die dazu erforderliche Technologie wird es im Rahmen der Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel mehr und mehr geben.

Deutschland wünscht sich eine bilaterale Kooperation zu erneuerbaren Energien und stellt viele Investitionen zur Verfügung.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das in Deutschland angenommen wurde, hat letztlich die erneuerbaren Energien wirtschaftlich gemacht. Und es ist sehr gut, dass deutsche Investitionen in alle diese Länder fließen. Ich würde mich freuen, deutsche Investitionen für Bangladeschs erneuerbare Energien zu sehen.

Was wären Ihre Prioritäten für Investitionen in erneuerbare Energien in den Malediven?

Unser Energiebedarf ist vergleichsweise klein, und es gibt ja genügend Sonnenschein. Ich hoffe, dass bald bessere Batterietechnologien zur Verfügung stehen werden. Unser Problem ist die Speicherung von Energie, denn die Sonne scheint nun mal nur am Tag, also brauchen wir Vorratshaltung. Und wir brauchen Transport. Für uns ist es wichtig, dass Menschen in die Malediven fliegen können, ohne den Planeten zu schädigen. Wir brauchen daher Investitionen in solche Schlüsseltechnologien und das möglichst bald. Eine erhebliche Regierungsfinanzierung wird für solche Ideen erforderlich sein und das ist viel wichtiger als die internationale Finanzierung von Dämmen und Wellenbrechern in den Malediven.

Das deutsche Alfred-Wegener-Institut hat Öl und Gasfelder auf den Malediven entdeckt. Wie lange, denken Sie, werden die Malediven sowohl von Kohlenstoffbasierten als auch von erneuerbaren Energien abhängig bleiben?

Für die neue Regierung, den Minister und das Ministerium kommt das nicht infrage. Ich glaube, noch nicht einmal

der frühere Präsident Yameen hätte das in Angriff genommen. Es war einfach mal so ein Plan, um zu sehen, ob man fossile Energien oder Diesel in den Malediven produzieren kann. Fossile Energie ist ja heutzutage viel teurer. Selbst wenn man sie haben möchte, niemand wird in diese überkommene viktorianische Technologie mehr investieren, die Erneuerbaren sind viel günstiger geworden.

Die Wirtschaft der Malediven hängt zu großen Teilen vom Tourismus und von der Fischerei ab, mit allen negativen Nebenwirkungen. Haben Sie Pläne, alternative Quellen für das Einkommen der Menschen zu entwickeln?

Alles Wirtschaften hing zumeist von irgendeiner Form von Produktion oder Ressourcenausbeutung ab. Demgegenüber zielt der CVF-Wohlstandsplan auf Produktion durch Recycling. Wenn man es genau bedenkt, haben Extraktion und Ausbeutung seit dem Industriezeitalter stattgefunden. Es existiert also eine riesige Men-

ge bereits extrahierter Ressourcen. Daher müsste es möglich sein, all das zu recyceln und auf dieser Basis einige hundert Jahre zu leben. Die Malediven beuten das Meer nicht aus, wir angeln einen Fisch nach dem anderen, wir haben keine Schleppnetze, wir haben keine riesigen schwimmenden Fischfabriken, das ist nicht unser Problem. Es sind die großen europäischen Trawler im Indischen Ozean, es sind die chinesischen, die japanischen, die südkoreanischen Trawler. Die Leute müssen lernen, wie man fischt. Wir wissen das, und wir können es euch lehren. Wir verdienen mehr Geld mit unserer Fischerei als die Fabrikschiffe. Die Seychellen zum Beispiel haben ihre Fischgründe an europäische Länder verpachtet, aber sie verdienen damit nicht einmal 100 Millionen US-Dollar. Wir verdienen 2,5 Milliarden US-Dollar mit unserer Fischerei und wir verkaufen zu einem viel höheren Preis.

Würde es nicht viel weitergehende, politische Vereinbarungen zum Beispiel mit der EU brauchen, um es der lokalen Fischereiwirtschaft zu ermöglichen, einen

eher lokalen und ökologischen Wirtschaftskreislauf einzurichten?

Ich würde es umgekehrt formulieren. Ich würde sagen, die EU sollte nicht unsere lokale Fischerei, sondern stattdessen ihre eigene Fischerei unterstützen. Mit anderen Worten, zieht euch zurück. Wir kommen mit unserer Fischerei sehr gut klar, solange ihr bereit seid unsere Produkte zu kaufen. Immer noch belegt ihr unsere Produkte mit 20 Prozent Zoll. Aber wir angeln einen Fisch nach dem anderen.

Brauchen die Malediven niedrigere Zölle?

Wir brauchen einfach normalen Handel. Die EU gibt Konzessionen an viele Länder, aber nicht an die Malediven, weil das die französischen und spanischen Fischereifloten im Indischen Ozean weniger rentabel macht. Die Zölle, die wir auf eure Alkoholika und andere Produkte erheben, sind viel niedriger als diejenigen, die ihr unserer Fischerei auferlegt. Wir wollen einfach Handel, fairen Handel. Wir können den Spaniern und Franzosen das Fischen beibringen, und ich bin mir sicher, sie

Wichtiger Wirtschaftszweig: Die Fischerei

Bild: Asian Development Bank, flickr (CC BY-NC 2.0)



lernen sehr schnell. Schaut euch an, wie wir das machen und seht, dass unsere Produktionskapazität viel größer ist. Die Spanier und Franzosen und ihre billigen Vertragsarbeiter aus aller Welt verbringen mehr Zeit auf der hohen See als erforderlich und arbeiten viel härter.

Lassen Sie uns zur Frage der Wirtschaft und der Finanzen am Beispiel der chinesischen Schulden übergehen. Wie stellen Sie sich vor, aus diesen Schulden herauszukommen?

China hört es nicht gerne, wenn ich sage, dass wir uns in einer chinesischen Schuldenfalle befinden. Sie haben uns sehr viel Geld zur Verfügung gestellt, aber gleichzeitig haben sie die Preise für die Projekte in die Höhe getrieben, wenngleich nicht die Zinssätze der Kredite. Wenn man eine einfache Kalkulation anstellt und das Geld, über 4,85 Milliarden US-Dollar, das die Chinesen den Malediven zur Verfügung gestellt hat, vergleicht mit der Menge an Beton, die dann tatsächlich verbaut wurde, dann sieht man, das passt nicht zueinander. Weil sie die Preise für die Projekte, die sie uns verkauft haben, so in die Höhe trieben, wurden die Projekte unwirtschaftlich und wir können sie nicht zurückzahlen. Schauen Sie sich die Brücken, die Straßen und anderes an. Es ist sehr teuer. Das Geld selbst ist nicht teuer, die Zinssätze sind nicht das Thema, aber die schiere Höhe des Kredits schafft so viel an Schulden, dass sie nicht zurückgezahlt werden können.

Erwarten Sie Unterstützung von der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds, um das Geld an China zurückzuzahlen?

Nein, die Chinesen müssen unsere Schulden re-strukturieren. Sie müssen verstehen, die Bauten und Infrastruktur, die wir erhalten haben, können die Kredite nicht finanzieren. Sie müssen einen Abschlag auf ihre Kredite akzeptieren und die Schuldendienste umstrukturieren. Wir müssen einfach in einen richtigen Schulden-Restruk-

turierungsprozess mit den Chinesen eintreten.

In Sri Lanka haben chinesische Kredite den Aufbau einer besseren sozialen Infrastruktur behindert. Sehen Sie ähnliche Auswirkungen der chinesischen Kredite auf die Malediven?

Glücklicherweise hat die neue Regierung der Malediven aufgehört, chinesische Schulden aufzunehmen. Wir wollen transparente Ausschreibungsprozesse, bevor Verträge unterschrieben werden. Wir brauchen den richtigen Vertrag mit dem richtigen Preis für das richtige Projekt – und das muss eines sein, das auch gebraucht wird. Man will ja Brücken nicht ins Nirgendwo hinbauen, nur, weil man eine Kreditlinie zugesichert bekommen hat, um Infrastruktur zu bauen. Ich glaube auch, der Bau all dieser Infrastruktur ist gar nicht notwendig. Wir sollen lieber bei uns Fähigkeiten und Kompetenzen aufbauen, wir müssen unsere Menschen besser ausbilden.

Die Malediven befinden sich in einer geopolitischen Lage, die sie für Großmächte interessant macht. Welchen Spielraum zwischen den Großmächten sehen Sie für die Zukunft?

Indien ist unser Nachbar, und diese Realität muss man einfach sehen. Wir essen das gleiche Essen, wir schauen die gleichen Filme, wir tanzen zu den gleichen Melodien, wir sind eine kulturelle Einheit und deswegen haben wir auch eine „Indien-Zuerst“-Außenpolitik. Das bedeutet nicht, dass man nicht auch offen für andere Länder und andere internationale Beziehungen sein kann. Indien ist ein demokratisches Land, und ich denke, wenn wir Beschwerden haben, können wir sie mit Indien besprechen. Wenn Indien uns einen falschen Kredit gibt, dann gibt es ein Gericht in Indien, vor das ich ziehen kann und mein Recht kriege. Wir haben eine traditionelle Freundschaft mit den europäischen Ländern. Natürlich sind wir sehr abhängig vom Tourismus. Wir haben gute Beziehungen mit Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien. Historisch sind wir

mit Großbritannien verbunden und deswegen sind die westlichen Alliierten auch attraktiv für uns. Ich komme aus einer Partei der rechten Mitte. Meine politischen und diplomatischen Allianzen werden immer auf meiner Ideologie beruhen.

Wenn Sie einen Wunsch an Deutschland oder die EU hätten, was wäre Ihre Erwartung?

Erinnern Sie sich an die COP (Conference of the Parties) 2010, die Pariser Klimakonferenz. Mehr als die Hälfte aller Länder haben ihre Versprechungen im Pariser Vertrag nicht eingelöst. Sie haben ihre Ziele und Pläne nicht veröffentlicht und die Finanzen nicht aufgebracht. Sie sagten, sie würden 100 Milliarden US-Dollar aufbringen. Dableibt eine Lücke. Deutschland hat die versprochenen Gelder bereitgestellt. Ich wünsche mir ein stärkeres Deutschland in der internationalen Gemeinschaft. Es würde uns allen gut tun, wenn Deutschland sich dafür entscheidet, eine robuste und engagiertere Rolle im Indischen Ozean und in der internationalen Politik zu spielen.

Wir bedanken uns für das Interview und wünschen Ihnen eine vollkommene Genesung.

Aus dem Englischen übersetzt von Peter Lanzet

Zu den Autoren



Peter Lanzet arbeitete 35 Jahre für Brot für die Welt und ihre Vorgängerorganisationen EZE und EED. Zunächst förderte und begleitete er die Projekte und Pro-

gramme südasiatischer Partner. Anschließend baute er die Fachstelle Entwicklungsfinanzierung und Entschuldung auf. Heute ist er Berater für Entwicklungsfinanzierung und Wirksamkeit von Entwicklung in Bonn.

Theodor Rathgeber ist Redakteur bei SÜDASIEN.